

---

---

## ZWEIDRITTELGESELLSCHAFT – AUCH IN ÖSTERREICH?

Rezension von: Ehrenfried Natter/  
Alois Riedlsperger (Hrsg.),  
Zweidrittelgesellschaft. Spalten,  
splittern – oder solidarisieren?  
Europaverlag, Reihe „Soziale  
Brennpunkte“, Wien 1988, 232 Seiten,  
öS 168,-.

---

---

„Zweidrittelgesellschaft“ – Ausgrenzung einer Minderheit (⅓) durch eine in relativem Wohlstand lebende Mehrheit (⅔) auf formaldemokratisch legitime Weise, wobei die Trennlinien primär zwischen ins Erwerbsleben integrierten und Nichtintegrierten verlaufen. Ist eine derartige politische Konstellation auch in Österreich absehbar oder bereits gegeben? Ist neben oder anstelle der durch den Begriff „Zweidrittelgesellschaft“ angedeuteten „Spaltung“ der Gesellschaft eher eine „Splitterung“ in eine Vielzahl unterschiedlicher Interessengruppen zu erwarten? Sind schließlich solche Entwicklungstendenzen auch umkehrbar in Richtung verstärkter Angleichung von Lebenschancen?

In diesem Themenfeld bewegen sich die Beiträge der vorliegenden Aufsatzsammlung. Wenig Beachtung findet hingegen die „klassische“ Spaltung der Gesellschaft zwischen Besitzern und Nichtbesitzern von Produktionsmitteln.

Die Autoren stimmen darin überein, daß gesellschaftliche Ausgrenzung an sich kein neues Phänomen ist. Gleichzeitig wird aber betont, daß die neuere Entwicklung insbesondere bezüglich Anstieg der Arbeitslosigkeit insofern eine neue Qualität der Ausgrenzung darstelle, als sich hierdurch der Glaube als irrig herausstellt, durch wohl-

fahrtsstaatliche Absicherung könne Armut endgültig beseitigt werden.

Eine zunehmende Spaltung/Splitterung der Gesellschaft im eingangs erwähnten Sinne auch in Österreich wird von allen Autoren festgestellt – ein Beitrag belegt dies auch für die BRD. So kommt E. Tálos („Gesellschaftsspaltung in Österreich?“) zu dem Ergebnis, daß Ansätze in beiden Richtungen festzustellen seien. Größere praktische Relevanz hätten derzeit aber „Optionen und Strategien, die Spaltungstendenzen verfestigen und verstärken“. Als Indikatoren für zunehmende Spaltung der Gesellschaft führt Tálos insbesondere die Abkehr von der Vollbeschäftigungspolitik und die Ausbreitung der „Mißbrauchsdiskussion“ an.

G. Vobruba („Gesellschaftsspaltungen und solidarisierende Sozialpolitik“) hebt hervor, daß sich neben Spaltungen zwischen Lohn- und Transfer-einkommensbeziehern auch Spaltungen innerhalb der Belegschaften (Stammbelegschaften – fluktuierende Randbelegschaften) und innerhalb der Transfer-einkommensbezieher (die Lohnarbeitszentriertheit der Systeme der sozialen Sicherheit grenze die steigende Anzahl derer aus, die die Anspruchsvoraussetzungen nicht erfüllen) vertiefen.

E. Cyba („Die Individualisierung kollektiver Schicksale“), die sich in ihrem Beitrag mit der spezifischen Situation der Frauen beschäftigt, betont, daß eine Ausgrenzung eines beträchtlichen Anteils der Frauen aus der Erwerbsarbeit kein neues Phänomen sei. Zunehmende Engpässe am Arbeitsmarkt würden gegenwärtig deren Situation erneut verschlechtern. Zentrale Aufgabe für eine wirksame Geltendmachung von Fraueninteressen sei es, der Individualisierung von Frauenschicksalen entgegenzutreten und die kollektiven Bedingungen dieser Schicksale transparent zu machen.

Der bundesdeutsche Wissenschaftler W. Fach befaßt sich in seinem Aufsatz „Splittern‘ oder ‚Spalten‘?“ ne-

ben historischen Aspekten sozialer Ausgrenzung insbesondere mit ideologischen Untermauerungen gegenwärtiger Prozesse in Richtung Spaltung/Splitterung. Als Repräsentanten der beiden „Strategien“ betrachtet Fach einerseits (bezüglich Spaltung) die „Mehrheits-Sozialdemokratie im Verein mit ‚alter‘ Gewerkschaftsbewegung“, andererseits (bezüglich Splitterung) „Neo-Demokraten jeder Couleur – schwarze, rote, blaue, zunehmend auch grüne“. Fach geht teilweise auch auf die ökonomischen Hintergründe gegenwärtiger Entwicklungen im sozialpolitischen Bereich ein: stagnierende Nachfrage bei Massengütern, Änderung der Produktionsmethoden, internationaler Verdrängungswettbewerb. Angesichts der neuen Rahmenbedingungen führe traditionelle Sozialpolitik zu einer Gesellschaftsspaltung, neoliberale bzw. „alternative“ Strategien hätten eine Splitterung der Gesellschaft zur Folge. Leider läßt Fach offen, welche Auswege aus dieser nicht gerade erbaulichen Situation sich anbieten würden.

Generell ist festzustellen, daß die Autoren aus ihrer Sicht begrüßenswerte künftige Gestaltungen der Sozialpolitik bzw. der Wirtschaftspolitik (dort werden noch immer die entscheidenden Weichen gestellt) meist nur ziemlich allgemein ansprechen, konkrete umsetzbare Vorschläge aber etwas zu kurz kommen.

Erwähnenswert ist die These von Vobruba, daß eine auf Erweiterung der Spielräume für die Verteilung von Beschäftigungschancen und von sozialen Sicherungsleistungen abzielende Politik erst dann Aussicht auf Realisierung haben könne, wenn vorher bessere Voraussetzungen für solidarisches Handeln geschaffen werden. Vobruba fordert folglich fürs erste eine „solidarisierende Sozialpolitik“ – diese „muß so angelegt sein, daß sie vereinheitlichend auf die sozialpolitisch strukturierten Lebenslagen und die aus ihnen erwachsenden Interes-

sen wirkt“. Vorgeschlagen wird eine Politik der Gleichverteilung des Beschäftigungsrisikos (insbesondere mittels Qualifizierung von Arbeitslosen, um ihnen bessere Wettbewerbsbedingungen am Arbeitsplatz zu verschaffen), eine Vereinheitlichung der Höhe von Sozialleistungen (zumindest die Einführung eines Mindeststandards) und die Vereinheitlichung der Rechtstitel für den Bezug sozialstaatlicher Leistungen.

Im abschließenden Beitrag des Buches (E. Kitzmüller – „Soziale Alternativen“) wird betont, daß die Akzeptanz des Ansteigens des „sozialen Elends“ auf „eine tiefe Kommunikationsstörung in der Wahrnehmung und Bewertung unserer sozialen Beziehungen“ hinweise. Überwältigende Mehrheiten, die selbst von Elend nicht betroffen sind, würden dieses Elend schlicht und einfach ignorieren.

Als Inhalte einer Alternative zu gängigen Politikformen, die Spaltung und/oder Splitterung der Gesellschaft zu Folge hätten, werden ein garantiertes Grundeinkommen für jeden, die Ermöglichung von Eigentätigkeit, eine Besteuerung des Ressourcenverbrauches und schließlich neben einer gerechteren Aufteilung der Lohnarbeit eine generelle Zurückdrängung derselben genannt.

Wenn auch, wie bereits erwähnt, die Alternativvorschläge vielfach unkonkret bleiben, teils nicht unproblematisch sind und ferner die realen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hintergründe der Entstehung der gegenwärtigen sozialpolitischen Probleme merklich zu kurz kommen (gleichzeitig bleibt die vielfach wiederkehrende These, diese Probleme seien Ergebnis politischer Programme und Strategien auch der traditionellen Linken, weitgehend unbelegt), ist die vorliegende Aufsatzsammlung doch allen an sozialpolitischen Problemen der Gegenwart Interessierten zur Lektüre zu empfehlen.

Josef Wöss